

ANHANG zu Pressemitteilung des Diözesanrats vom 16.09.2016 „Katholiken gegen CETA. Diözesanrat beteiligt sich am Protest“

Statements zu den CETA-Protesten im Wortlaut

Diözesanratssprecher Johannes Warmbrunn

CETA wird Maßstäbe setzen für TTIP. Deshalb ist es wichtig, heute die grundlegenden Anforderungen an internationale Handelsabkommen auf der Grundlage unserer christlichen Haltung deutlich zu benennen.

Mich beeindruckt, dass so viele Menschen zu einem so komplexen, uns alle betreffenden und nur vordergründig wirtschaftlichen Thema auf die Straße gehen.

Unser Protest ist nicht einseitig und beschränkt sich nicht auf unseren Kontinent. Er verbindet uns über den Atlantik hinweg. Auf beiden Seiten stellen Bürger und Bürgerinnen dieselben Forderungen an ihr gemeinsames Abkommen.

Es geht uns nicht darum, einfach nur gegen etwas zu sein. Wir lehnen die in Verhandlung befindlichen Verträge nicht pauschal ab. Aber wir formulieren und fordern für die Verhandlungen der vertraglichen Gestaltungen angesichts unserer Grundprinzipien Änderungen, die die Politik konstruktiv aufgreifen kann. Wir setzen darauf, dass unsere Politikerinnen und Politiker das Volk anhören. Wir brauchen eine starke Politik. Sie ermöglicht der Wirtschaft Handlungsfreiraum und soll Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Sie setzt aber auch faire Rahmenbedingungen zugunsten eines globalen Gleichgewichts. Wir wollen als Christinnen und Christen ein gutes Leben für alle. Im Zweifel hat dies Vorrang vor größtmöglichem materiellem Gewinn.

Vorsitzende des Diözesanausschusses Eine-Welt, Brigitte Willbold-Mulach

Die reichen Länder machen sich selber stark, verlieren die armen Länder aus dem Blick – und sind dann entsetzt über die in diesen Ländern entstehenden Migrations- und Fluchtbewegungen. Wir wollen eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, die für alle in jeglicher Hinsicht gut ist und international Chancen und faire Handelsmöglichkeiten schafft – und zwar weltweit und nicht nur im reichen Norden.

Wir können von mehreren Jahrzehnten Erfahrung im fairen Handel profitieren. Dieser ist ein Nebenschauplatz der Wirtschaftsbeziehungen geblieben und hat sich doch gehalten und – schaut man in die normalen Lebensmittelgeschäfte und in den Mode-Einzelhandel – stabil entwickelt. Wir glauben, dass faire Handelsbeziehungen machbar sind und langfristig alle damit gewinnen.

Der **Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart** ist das oberste gewählte Priester- und Laiengremium der Diözese.

- Als Pastoralrat berät er den Bischof in Angelegenheiten des kirchlichen Lebens.
- Als Katholikenrat vertritt er die Katholik/innen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Als Kirchensteuervertretung entscheidet er über Höhe und Verwendung der Kirchensteuer und beschließt den Haushalt der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Nie war klarer ablesbar als heute: Der Wohlstand wächst auf Dauer mehr, je stabiler das weltweite Gleichgewicht und Gerechtigkeitslagen sind und nicht, je reicher einzelne Staaten werden und je benachteiligter arme Länder sind.

Die Verhandlungspartner internationaler Handelsabkommen sollten soziale, ökonomische und ökologische Kriterien berücksichtigen. Es sollten adäquate Lebensbedingungen für alle zählen und nicht ausschließliche Profitinteressen. Ein langfristiges Denken ist notwendig und eine Haltung der politischen Verantwortung weltweit.

Vorsitzender des Diözesanausschusses Europa, Harald Hellstern

Parlamentarische Demokratie mit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sind die Erfolgsmodelle – ein Blick in die Nationen dieser Welt lässt daran keinen Zweifel. Dies fordern wir auch für die Arbeit der EU-Gremien. Transparenz und Bürgernähe müssen die Grundpfeiler der Verhandlungen z.B. über die Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und der USA (TTIP) sein.

Vor einer Unterzeichnung des Freihandelsabkommen CETA muss die Europäische Gemeinschaft erst wieder zusammenwachsen, die gemeinsamen Werte neu entdecken und an einer Vision für die Zukunft arbeiten. Das hierbei entstehende neue europäische Wirtschaftsmodell muss den Menschen dienen, solidarisch und gerecht sein. Dies ist notwendig, weil wir heute ohnehin schon zwei Seiten der freiheitlich-rechtstaatlichen Demokratie gefährdet sehen – Wirtschaft und Digitalisierung mit ihrem Streben nach grenzenlosem Liberalismus einerseits und nationalistisches Gedankengut in vielen europäischen Ländern andererseits. Die abgehängten Menschen in der EU müssen angesprochen und beteiligt werden. In diese Situation hinein kann die EU kein Abkommen unterzeichnen, das die Autorität der demokratischen Institutionen durch eine parallele Gerichts- und Legislativstruktur ohne Not untergräbt. Schon mit CETA könnten Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern. Die bestehenden Rechtsstrukturen bilden einen ausreichenden Rahmen auch für sich weiter entwickelnde internationale Handelsbeziehungen.

Zudem muss die Grundversorgung der Bevölkerung staatliche Aufgabe bleiben (Wasser-, Gesundheitsversorgung). Internationale Verträge dürfen dies nicht in Frage stellen oder unterlaufen.

Ich unterstütze die Demonstrationen am 17.09.2016 in vielen Städten Deutschlands, rufe aber gleichzeitig dazu auf, als Bürger und Bürgerinnen darüber hinaus mit den Politikerinnen und Politikern auf allen Ebenen in Dialog zu treten.

Vertreter der katholischen Organisationen und Verbände im Diözesanrat, Peter Niedergesäss

Wenn Arbeits- und Umweltschutz als Wirtschaftshemmnis verstanden werden und zu Schadenersatzforderungen führen. Dann wird vollends abgebaut, was unsere Gesellschaft und Wirtschaft einmal stark gemacht hat. Das macht deutlich, Wirtschaft und Politik brauchen ethische Kriterien, an denen sie sich orientieren müssen. Ein starkes Zeichen setzte die amerikanische und europäische Bischofskonferenz.

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) ist bei den Protesten dabei, weil sie für Handelsverträge kämpft, die ethischen Grundsätzen Stand halten. Diese müssen aus unserer Sicht:

- den Schwächsten und Armen eine Chance für ein gutes Leben ermöglichen – statt weiterhin die Gesellschaft zu spalten,
- Umwelt-, Daten und Verbraucherschutzstandards erhöhen – statt sie zu senken oder auszuhebeln,
- gute Arbeit fördern durch Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – statt sie auszuhöhlen,
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, insbesondere eine gute Pflege – statt sie zu schwächen
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern – statt sie als Handelshemmnis zu betrachten,
- Migration überflüssig machen – statt Flüchtlingsströme zu fördern,
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen – statt sie zu vergrößern,

Gut Wirtschaften heißt für die KAB auch, die Wirtschaft muss demokratisiert werden. Wir brauchen mehr Beteiligungsrechte, mehr Mitbestimmungsrecht für Arbeitnehmer und die Bevölkerung.